



# Newsletter der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern

Ausgabe: 20. WP/22-19 vom 15. Dezember 2022

**Philipp Amthor MdB**  
Vorsitzender der Landesgruppe  
Mecklenburg-Vorpommern

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

T 030 227 77692  
F 030 227 76692

philipp.amthor@bundestag.de  
www.cducusu.de

## Beiträge von Dietrich Monstadt MdB



**Dietrich Monstadt MdB** ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Gesundheit sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft und im Sportausschuss.

### **Bundestagsabgeordneter Monstadt (CDU) begrüßt neue Medical-Device-Regulation (MDR)-Initiative**

Gute Nachrichten aus Brüssel: In dieser Woche fand die EPSCO Sitzung der Gesundheitsministerien statt, welche sich der schnellen Problemlösung bei der Versorgung mit Medizinprodukten annahm. Konkreter ging es hierbei um die Verlängerung der Übergangsfristen und die Abschaffung der Abverkaufsfrist. Europa hat endlich den Ernst der Lage durch die MDR und ihre Auswirkungen auf die Verfügbarkeit von Medizinprodukten und damit die Qualität der medizintechnischen Versorgung erkannt.

„Als Berichterstatter für Medizinprodukte für meine Bundestagsfraktion begrüße ich, dass die EU-Kommission und die Mitgliedsstaaten die Sorgen der Patientinnen und Patienten, der Kliniken, der Ärztinnen und Ärzte, der Benannten Stellen sowie der Szene nun endlich ernst nehmen und Lösungen diskutiert werden. Das ist ein richtiges und wichtiges Zeichen! Schon so lange



haben wir auf Bundesebene auf die Missstände hingewiesen“, so Dietrich Monstadt.

Die vorgeschlagenen gesetzlichen Änderungen zu den Übergangsfristen und der Abverkaufsfrist wurden von fast allen Vertreterinnen und Vertretern aus den Gesundheitsministerien der Mitgliedsstaaten unterstützt. So werden nun die Übergangsfristen von Medizinprodukten einer höheren Risikoklasse bis 2027 und Produkte von niedrigen Risikoklassen bis 2028 verlängert.

„Es ist ein gutes Zeichen, dass sich Deutschland hier durchgesetzt hat. Nun muss schnell gehandelt werden. Die Übergangsfristen nach 2027/28 zu verschieben ist ein erster Schritt, löst aber noch nicht die Probleme“ so der westmecklenburgische Abgeordnete.

\* \* \*